

Initiative evu+

Bürgschaften statt Kredite

[02.02.2023] Sinkende Preise bringen Stromlieferanten in Schieflage. Der Bundesverband Energiemarkt & Kommunikation fordert die Bundesregierung auf, kleine und mittlere Versorger bei Preisabsicherung zu unterstützen.

Für die Verbraucher sind die derzeit sinkenden Energiepreise ein Segen. Doch die Stromversorger geraten zunehmend in Bedrängnis, weil sie die Differenz zwischen Terminpreis und Marktpreis mit liquiden Mitteln absichern müssen – inzwischen oft mit zweistelligen Millionenbeträgen. Die Initiative evu+ im edna Bundesverband Energiemarkt & Kommunikation fordert daher die Bundesregierung auf, insbesondere kleinen und mittleren Versorgern, die weitgehend auf sich allein gestellt sind, weil sie keine Kommune im Rücken haben, mit Bürgschaften oder einer Anpassung des bundeseigenen Finanzierungsinstruments Margining aus der Not zu helfen.

„Eine konkrete Hilfe, um Insolvenzen vor allem kleinerer Versorger zu vermeiden, wären nicht Kredite, sondern Bürgschaften für die Betroffenen“, sagt Rüdiger Winkler, Geschäftsführer des edna Bundesverbands Energiemarkt & Kommunikation. Bislang habe die Bundesregierung nur ihr so genanntes Margining-Finanzierungsinstrument auf den Weg gebracht, das über Kreditlinien der KfW bedient wird. Auch dieses berücksichtige bislang nicht die Bedürfnisse kleiner und mittlerer Akteure in der Energiebeschaffung. Um die Breite der Energiewirtschaft zu erreichen – und damit auch die Versorgungssicherheit zu gewährleisten –, müsse das Programm auf den so genannten OTC-Handel ohne Clearing ausgeweitet werden. Gerade über dieses Marktsegment organisiere der Großteil der kleinen und mittelständischen Energiewirtschaft seine Beschaffung.

(al)

Stichwörter: Politik, Bundesverband Energiemarkt & Kommunikation